

Sozialleistungen und lästigen Regularien zu umgehen oder sich aus diesen Systemen zurückziehen, mehr Glaubwürdigkeit geschenkt. Der globale Neoliberalismus, so wird behauptet, übertrumpfte die soziale Demokratie durch die Forderung nach Marktliberalisierung, Deregulierung, die Verkleinerung des öffentlichen Sektors und selektiven, anstelle von umfassenden, Sozialprogrammen. Aber Costa Rica, Mauritius, Chile und Kerala haben im Zeitalter der Globalisierung nicht nur ihre sozialen Errungenschaften aufrechterhalten oder erweitert, sondern sie sind auch wettbewerbsfähiger geworden. Das ist ihnen dadurch gelungen, dass sie lediglich eine schrittweise und selektive Liberalisierung vorgenommen und dabei auf dem Vermächtnis sozialdemokratischer Politik aufgebaut haben – auf gesunde und gebildete Arbeitskräfte, eine fortschrittliche Infrastruktur, geordnete Verhältnisse zwischen den Sozialpartnern und sozialen

Frieden. Die soziale Demokratie bietet einer bestimmten Art von Investoren, die die höheren Kosten auszugleichen vermögen, einen Wettbewerbsvorteil.

Obwohl wir nicht davon ausgehen können, dass sozialdemokratische Regime sich in der Dritten Welt weit verbreiten werden, besteht doch hier und da eine gute Chance, dass sie entstehen *können*. Es stimmt wohl, dass die erforderlichen historischen Voraussetzungen eher selten vorzufinden sind. Aber einzelne Aspekte der aktuellen Umstände lassen darauf schließen, dass die Aussichten für die soziale Demokratie nicht so schlecht sind, wie das normalerweise dargestellt wird. Proaktive politische Bewegungen haben in der Geschichte der sozialen Demokratien schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Soziale Demokratien begünstigen, wenn ihre Institutionalisierung einmal begonnen ist, die Entwicklung ihrer Voraussetzungen.

*(Aus dem Englischen von Bianca Schulz)*

*Philipp Steinberg*

## Die SPD braucht wirtschaftspolitische Klarheit

*Der geforderte »Neustart der sozialen Marktwirtschaft« muss mit einem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept unterlegt werden. Wie könnte dieses aussehen?*

Ja, es stimmt. Das Wahlprogramm der SPD enthielt viele Einzelelemente, die mehrheitsfähig sind. Die Bürgerversicherung als Alternative zur Zweiklassenmedizin, das Bekenntnis zu gesetzlichen Mindestlöhnen, die Forderung nach einer Re-Regulierung der Leiharbeit, die Aussagen zur Finanzmarktregulierung und zur ökologischen Industriepolitik. Auch der Satz vom »Neustart der sozialen Marktwirtschaft« hat seinen Charme.

Ganz offensichtlich ist es jedoch nicht gelungen, mit diesen Inhalten mehr als 23% der Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Ein Kernproblem war und ist, dass



**Philipp Steinberg**

(\* 1974) ist zurzeit beurlaubter Oberregierungsrat im Bundesministerium der Finanzen.

[pmsteinberg@gmail.com](mailto:pmsteinberg@gmail.com)

all den im Regierungsprogramm genannten Vorhaben die übergreifende Klammer fehlte. Eine wirkliche Antwort auf die Sorgen einer sich ändernden Gesellschaft ist die SPD schuldig geblieben. Das programmatische Dilemma der SPD geht über die »Rente mit

67« und »Hartz IV« hinaus. Und betrifft alle Flügel. Weder die Wiederbelebung der Vermögenssteuer noch das Hochhalten der »Agenda 2010« bietet programmatische Antworten auf die Frage nach dem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept, welches die zentralen Zukunftsfragen aufgreift.

Es reicht eben nicht, allen möglichen Teilen der Gesellschaft Angebote zu machen und zu glauben, dass sich aus der Addition dieser Einzelpunkte ein unverwechselbares Profil der SPD ergibt.

Die SPD scheint das nun erkannt zu haben – im Leitantrag des Dresdener Parteitages fand sich die Aussage, dass die SPD ein »Leitbild nachhaltiger Unternehmensführung und Finanzanlage« sowie ein »sozialdemokratisches Steuerkonzept« erarbeiten will.

Das ist auch gut so. Denn außer der Feststellung, dass das Steuer- und Abgabensystem in der sozialdemokratischen Wunschwelt doch bitte »gerecht« ausgestaltet werden sollte, fehlen hier klare Leitlinien. Die programmatischen Aussagen der SPD wechselten in den letzten Jahren zwischen den »Orientierungspunkten für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands« des Grundsatzprogramms, welche auf Abgabensenkungen statt Steuersenkungen setzen, zu einigen mehr oder weniger zufälligen Aussagen im Regierungsprogramm – Lohnsteuerbonus, Senkung des Eingangsteuer- und Erhöhung des Spitzensteuersatzes – sowie die Finanztransaktionssteuer. Eine Verknüpfung von Steuer- und Abgabepolitik fand nicht mehr statt. Der »Deutschlandplan« macht zur Steuerpolitik gar keine Aussagen. Die überzeugende Klammer fehlt. Die Diskussion um eine angemessene Vermögensbesteuerung, die weit über den ritualisierten Streit der Wiederbelebung der Vermögenssteuer hinausgeht und das System der Vermögensbesteuerung (Grund- und Grunderwerbssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuern usw.) insgesamt betrifft, zur

Zukunft des Einkommenssteuersystems mit der Problematik der dadurch ebenfalls erfolgenden Besteuerung der Personunternehmen sowie der auch von SPD-Wählern wahrgenommenen Komplexität wäre noch nachzuholen. Gleiches gilt für die Frage, welche alternativen Steuern – genannt seien etwa »Ökosteuern« oder die Besteuerung von Kapital(transfers) – zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen können.

Dabei hat diese Wahl ganz klar gezeigt, dass die SPD im Bereich der Steuer- und Abgabepolitik nicht nur konservativ-bewahrend argumentieren darf, sondern auch eigene, unverwechselbare »SPD-Ideen« präsentieren müsste.

### **Viele gute Einzelpunkte, (noch) keine Vision**

Ein umfassendes, dem Verständnis einer modernen, linken Volkspartei angemessenes Wirtschaftskonzept ist noch zu entwickeln.

Zwar finden sich in Teilbereichen, wie etwa der Finanzmarktregulierung, gute Antworten. Nach einigen Diskussionen konnte man sich im Wahlkampf auch darauf einigen, dass man auch eine »soziale Marktwirtschaft« anstrebt – die irgendwie anders ist, als das, was die Union möchte. Sozialer. Was das heißt, blieb im Dunkeln. Und ob der Neustart jetzt mit dem vorsorgenden Sozialstaat (immerhin einer der zentralen Begriffe des Hamburger Grundsatzprogramms) bricht, ihn weiterentwickelt oder einfach ignoriert, bleibt unklar. Sicher, das Konzept der »ökologischen Industriepolitik« hat Charme. Aber es ist noch nicht einmal gelungen, das Konzept innerhalb der SPD zu popularisieren.

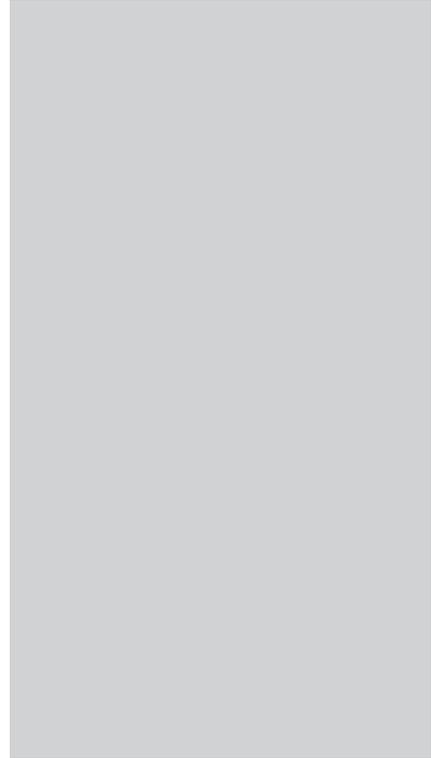
Das gilt trotz Existenz des »Deutschlandplans« von Frank-Walter Steinmeier. Dieser enthält zwar viele gute Einzelpunkte. Trotz der großen Ziele – z.B. 4 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen – fehlt aber die Vi-

sion, wie sich die SPD eine Wirtschaftsordnung, die für den Menschen da ist – immer noch eine zentrale Überzeugung für Sozialdemokraten – im Zeitalter der Globalisierung vorstellt. Wichtiger noch: Es ist nicht klar, in welcher Weise der Plan an welche Parteiprogrammatik anschließt: Wie verhält sich der geforderte »Neustart der sozialen« Marktwirtschaft zum (überkommenen?) Konzept des »vorsorgenden Sozialstaats« des Hamburger Grundsatzprogramms? (Der Begriff kommt im Regierungsprogramm der SPD kein einziges Mal vor.) Wie verhält es sich mit dem Konzept der (strategischen) ökologischen Industriepolitik, ein Begriff, der im »Deutschlandplan« gerade zweimal rückschauend vorkommt? Denn die Einzelfragen müssen unter einem kommunizierbaren Gesamtkonzept stehen.

### **Strategische Eckpunkte**

Die SPD muss eine wirtschaftspolitische Strategie entwickeln, welche gezielt Investitionen insbesondere in Forschung, Bildung sowie den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fördert. Sigmar Gabriel hat bereits Eckpunkte dazu vorgelegt, die konkretisiert werden müssen. Mit anderen Worten: die SPD braucht einen wirtschafts- und steuerpolitischen »New Deal«, der aus drei Komponenten besteht: Förderung von Investitionen und Innovationen sowie Ökologisierung des Steuersystems; Abbau umweltschädlicher Subventionen, dafür Besteuerung von Vermögen und Finanztransaktionen – auch, um der immer eklatanteren ungleichen Verteilung des Vermögens und den daraus folgenden mangelnden Nachfrageimpulsen entgegenzuwirken. Drittens muss gezielt die Nachfrage, insbesondere durch Mindestlöhne sowie die Senkung der Sozialabgaben, gefördert werden.

Es ist notwendig, die im internationalen Vergleich mit 18 % sehr niedrige Investitionsquote des Unternehmenssektors



deutlich zu steigern. Denkbare »klassische« Mittel sind dabei: Anhebung der degressiven Abschreibung, Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen, steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung und gezielte Existenzgründungshilfen. Die Mittel für die High-Tech-Gründerunterstützung wären deutlich zu erhöhen. Zusammen mit der Wissenschaft muss die SPD darüber hinaus weitere, innovative Investitionsförderungsinstrumente entwickeln.

Daneben wäre das Steuersystem zu ökologisieren: Es müssen Mechanismen gefunden werden, die Ressourcenverbrauch steuerlich erfassen und dazu beitragen, das Steuerrecht zu vereinfachen.

Auch ist endlich die Sonntagsforderung der Politik in die Tat umzusetzen: Es ist in die Köpfe der Menschen zu investieren. Der Bund sollte in den kommenden

vier Jahren Schritt für Schritt bis zu 10 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung stellen, um gemeinsam mit den Ländern – die zusätzliche Mittel in gleicher Höhe zuführen – die Bildungsinvestitionen auf den Durchschnitt der OECD-Staaten anzuheben.

Im Gegenzug wird ökologisch schädliches Wirtschaften stärker besteuert und umweltschädliche Subventionen werden reduziert. Vermögen und Finanztransaktionen werden stärker besteuert. Abbau-potenzial besteht bei den Subventionen für die Kernenergie – die Nichtbesteuerung der Rücklagen sowie die staatliche Haftungsübernahme bei der Versicherung des Risikos – sowie im Rahmen einer Neujustierung der Strom- und Energiebesteuerung im Verkehrsbereich und für das produzierende Gewerbe. Notwendig ist eine grundlegende Überarbeitung des Umsatzsteuerrechts mit seinen nicht mehr verständlichen Differenzierungen.

Das Umweltbundesamt hat eine Liste mit einem Volumen von über 40 Mrd. Euro an umweltschädlichen Subventionen vorgelegt. Wenn man nur 25 % davon in einer konzertierten Aktion abbauen würde, käme man auf deutlich über 10 Mrd. Euro an Mitteln, die zugunsten von Investitionen umgelenkt werden könnten. Entscheidend beim Abbau ist, dass davon ein deutlicher Impuls für eine ökologische Erneuerung ausgeht.

Ebenfalls zur Gegenfinanzierung – und um die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen – sollten auch die im Rahmen des notwendigen Lastenausgleichs einzuführende Finanztransaktionsbesteuerung sowie – nach Ende der Krise – eine Vermögensabgabe für Banken dienen. Anzustreben ist eine internationale oder mindestens europäische Lösung zur Besteuerung von Finanztransaktionen, eine Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild lässt sich aber auch national verwirklichen und würde ca. 3 Mrd. Euro erbringen. Eine Vermögensabgabe von Banken könnte bis zu 10 Mrd. Euro erbringen.

Die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohe Belastung von Arbeitseinkommen über Sozialabgaben sollte – dies ist der dritte Punkt des steuerpolitischen New Deals, der notwendigerweise auch die Finanzierung der Sozialsysteme umfasst – langfristig reduziert werden, dafür müsste ein größerer Teil der sozialen Sicherung über Steuern finanziert werden. Wem es ernst ist mit der Forderung »mehr Netto vom Brutto« muss den Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung senken und nicht die Einkommensteuer. Denn 40 % der Haushalte in Deutschland zahlen keine Einkommensteuer. Bei einem Bruttolohn von 1.850 Euro fallen knapp 218 Euro an Steuern an, aber annähernd 380 Euro Sozialversicherungsbeiträge (Steuerklasse I, kein Kind). Für letztere erhält der Abgabepflichtige zwar eine direkte Gegenleistung. Dennoch bestimmen sie das, was als »Netto« vom »Brutto« übrig bleibt, maßgeblich mit. Und belasten Gering- und Normalverdiener überdurchschnittlich. Denn ab den Beitragsbemessungsgrenzen (3.750/5.400 Euro) existiert keinerlei Progression mehr. Bei alledem ist es jedoch von zentraler Bedeutung, politisch hochzuhalten, dass für »mehr Netto« erst einmal auch »mehr Brutto« vorhanden sein sollte.

Ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept muss Antworten auf die Zukunftsfragen und -ängste sowohl der »traditionellen« SPD-Wähler geben, wie auch des seit »68« gewachsenen neuen »Bürgertums«, das heute fast flächendeckend grün wählt. Die Antworten müssen dabei auch neugierig machen. Die Aussage, die SPD wolle irgendwie eine »sozialere soziale Marktwirtschaft« als die Union, die wohl irgendwas auch mit dem vorsorgenden Sozialstaat zu tun hat (aber doch bitte nicht ganz so utopisch sozial wie die »Linke«, und nicht so ökologisch fundamentalistisch wie die Grünen) ist genauso unklar wie unsexy. Der Dresdener Parteitag hat für eine Neuausrichtung ein gutes Fundament gelegt – jetzt gilt es, darauf aufzubauen.